

Antrag

**der Abgeordneten Olaf Harms, Sandra Clemens,
Christine Detamble-Voss, Renate Hercher-Reis,
Bernhard Stietz-Leipnitz und Ronald Wilken (Die LINKE)
vom 15.06.2009**

Betr.: Woche des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus

Im März 2009 veröffentlichte das Bundesinnenministerium eine Studie, aus der u.a. zu entnehmen ist, das rd. 14,4 Prozent der befragten Jugendlichen als „sehr ausländerfeindlich“ einzustufen (19 Prozent der Jungen, 9,6 Prozent der Mädchen) sind. Von den befragten Jungen und Mädchen gaben zudem 4,9 Prozent bzw. 2,6 Prozent an, Mitglieder einer rechtsextremen Gruppe oder Kameradschaft zu sein. Auf antisemitische Einstellungen lassen die Antworten von 6,4 Prozent der Jungen und 2,1 Prozent der Mädchen schließen.

Die Ergebnisse dieser Studie sind erschreckend. Die Bezirksversammlung stellt sich daher ihrer Verantwortung und ergreift Maßnahmen, um diesem Prozess entgegenzutreten. Eine Aktivität dazu ist, ausgehend von der Initiative des Alt-Bundespräsidenten Roman Herzog, am 27. Januar eines jeden Jahres an die Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 durch die Rote Armee zu gedenken, die Durchführung einer eigenen im Bezirk Hamburg-Mitte stattfindenden „Woche des Gedenkens“, mit der an die Zeit des Nationalsozialismus erinnert und der Opfer seiner Gewaltherrschaft gedacht wird.

Dies vorausgeschickt, möge die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte beschließen:

Ab dem Jahr 2010 führt die Bezirksversammlung und das Bezirksamt Hamburg-Mitte um den 27. Januar herum eine Woche des Gedenkens durch.

Kultureinrichtungen, Schulen, Häuser der Jugend, Bücherhallen und Initiativen des Bezirks werden eingeladen, unter anderem mit Lesungen, Vorträgen, Workshops, Filmvorführungen, Stadtteilrundgängen, Zeitzeugengesprächen und Sonderöffnungen der Gedenkstätten an der Woche des Gedenkens teilzunehmen. Gemeinsam wird ein vielfältiges Veranstaltungsprogramm erarbeitet, unterstützt von Bezirkspolitik und Verwaltung. Im Mittelpunkt steht die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus und das Gedenken an die Opfer dieser furchtbaren Terror- und Willkürherrschaft.

Dafür stellt die Bezirksversammlung einen Betrag von Euro 10.000,- für Durchführung und Unterstützung zur Verfügung.

Die Bezirksversammlung eröffnet mit einer eigenen zentralen Feierstunde alljährlich diese Woche des Gedenkens.